

Mit den Stimmen der Koalition und von Bündnis 90/ Die Grünen hat der Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses am 22. Mai 2008 den Bildungssenator beauftragt, bis zum 31. Dezember 2008 einen Vorschlag zur qualitativen Weiterentwicklung der Schulstruktur vorzulegen. Entlang der folgenden Eckpunkte wird eine Arbeitsgruppe in der Senatsverwaltung bis zum Ende des Jahres einen konkreten Vorschlag erarbeiten.

Eckpunkte für die Erarbeitung eines Vorschlages zur Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur

Was ist zu tun, um einen möglichst hohen Lernerfolg und eine gute Gesamtentwicklung für jedes Kind zu erreichen? An dieser Frage muss sich eine Reform der Schulstruktur messen lassen.

Entscheidend ist, dass wir in den Schulen mehr noch als in der Vergangenheit jedes einzelne Kind in seiner individuellen Entwicklung unterstützen. Chancengleichheit und Gerechtigkeit gilt es zu erhöhen, indem wir die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Hintergrund verringern und die Stärken aller Kinder und Jugendlichen bestmöglich fördern.

Wir stehen dabei vor großen Herausforderungen: Die Sprach- und Bildungsförderung muss weiter intensiviert und verbessert werden. Sie muss bereits systematisch in der Kita beginnen, damit alle Kinder bei Eintritt in die Schulanfangsphase der Grundschule gleiche Chancen für eine erfolgreiche Bildungskarriere haben. In Berlin haben wir mit der vielfältigen und gut ausgebauten Kitalandschaft und der sechsjährigen Berliner Grundschule bereits sehr gute Voraussetzungen, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern. In der Grundschule ist es beispielsweise in den Klassen 5 und 6 wichtig, durch den verbindlichen Einsatz von Fachlehrerinnen und Fachlehrern der Sekundarstufe I die fachliche Kontinuität der Ausbildung zu gewährleisten. Und nicht zuletzt müssen wir auch die strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen sichern, dass in Berlin zum Wohle der Schülerinnen und Schüler das Abitur weiterhin in beiden Geschwindigkeiten – 12 oder 13 Jahre – erreicht werden kann.

In der derzeitigen vielgliedrigen Schulstruktur ist dies alles kaum möglich – darüber sind sich große Teile der Politik und Öffentlichkeit zunehmend einig. Trotz vielfältiger Maßnahmen, die auf die Stärkung der Hauptschule zielten, haben sich Eltern sowie Schülerinnen und Schüler mehr und mehr von dieser Schulart abgewendet. Im Schuljahr 2007/08 wurden nur noch weniger als acht Prozent des letzten Jahrgangs der Grundschule in die Jahrgangsstufe 7 der Hauptschulen angemeldet. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass an einzelnen Schulen verstärkt Lern- und Entwicklungsmilieus entstanden sind, die zu einer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen führen. Dem soll durch den Abbau der starken Zersplitterung des Berliner Schulwesens entgegen gewirkt werden, so dass eine gute Mischung von Schülerinnen und Schülern sowie eine Bündelung der Erfahrungen des Lehrpersonals unterschiedlicher Schularten erreicht wird.

Die Reform sollte in **zwei Stufen** erfolgen.

1. Stufe: Ab 2010 (Beginn und Umsetzung in dieser Legislaturperiode) sollten schrittweise die Veränderungen von Haupt- und Realschule, die Verzahnung von Grundschule und Sekundarstufe I, die Verankerung fester Kooperationsformen mit Schulen, die zur Fachhochschulreife und zur Allgemeinen Hochschulreife führen sowie der Ausbau der Ganztagsangebote erfolgen.

2. Stufe: In der nächsten Legislaturperiode sollte die Zusammenführung aller Sekundarstufe- I-Schulen zur Regionalschule (Arbeitstitel) neben den Gymnasien erfolgen.

A Erste Stufe 2010 bis 2014

Schularten:

a) Integrierte Haupt- und Realschule (IHR):

- Fusion von Haupt- und Realschulen (mindestens vierzünftig)
- Schrittweise: Ganztagschule in gebundener Form
- Verbindliches duales Lernen (in 9./10. Klasse) in stufigen Varianten („Praxisklassen“)
- Schule entscheidet über Zeitpunkt und Form der Differenzierung
- Kein Sitzenbleiben
- Verbindliche Kooperation mit Oberstufenzentren/ Oberstufen der Gymnasien/ Oberstufen der Gesamtschulen
- Enge Vernetzung mit außerschulischen Kooperationspartnern und der Jugendhilfe
- Verbindliche Kooperation und gemeinsame Fachlehrer mit der Grundschule (5./6. Klasse)
- Alle Sek I-Abschlüsse können erreicht werden, einschließlich der Übergangsberechtigung in die gymnasiale Oberstufe

b) Gesamtschulen:

- Sicherung der Möglichkeit, alle Elemente der IHR zu übernehmen
- Verbindliche Kooperation und gemeinsame Fachlehrer mit der Grundschule (5./6. Klasse)
- Angebot, das Abitur nach 12 oder 13 Jahren zu erwerben

c) Gymnasien:

- Schrittweiser Ausbau zum Ganztagsangebot
- Klare Kriterien für grundständige Gymnasien (nur bei profilierten Spezialangeboten)
- Verbindliche Kooperation und gemeinsame Fachlehrer mit der Grundschule (5./6. Klasse)

d) Grundschule:

- Engere Verzahnung von Grundschule und letztem Kitajahr

B Vorschlag für die zweite Stufe (Entscheidung nächste Legislaturperiode)

Der zweite Schritt sollte auf eine klare und überschaubare zweigliedrige Schulstruktur zielen, in welcher beide Schularten durchlässig alle Schulabschlüsse vergeben und – in 12 bzw. 13 Jahren – bis zur Allgemeinen Hochschulreife führen.

In der zweiten Stufe sollte - in der Regel beginnend ab Klasse 7 - neben dem **Gymnasium** eine attraktive **Regionalschule** stehen, die alle bewährten Elemente aus Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Integrierter Haupt- und Realschule in sich vereinigt. Die Regionalschule böte – verbunden mit hoher Durchlässigkeit sowie der Erreichbarkeit aller Schulabschlüsse - Leistungsdifferenzierung auf mindestens 2 Anforderungsniveaus (nach Entscheidungen in den einzelnen Schulen auf dem Wege von Fachleistungskursen oder von binnendifferenzierenden Maßnahmen) an. Sie verknüpfte praxisorientierte Bildung (duales Lernen) mit fundierter Allgemeinbildung für alle beruflichen Perspektiven. Regionalschulen führten entweder eine eigene Oberstufe oder beteiligten sich zusammen mit anderen Regionalschulen bzw. Gymnasien oder Oberstufenzentren an einer gemeinsamen Oberstufe (je nach regionaler Schulentwicklung). Alle Regionalschulen würden zu Ganztagschulen in gebundener, rhythmisierter Form ausgebaut.

Die Erfahrungen des Schulversuchs Gemeinschaftsschule, einschließlich der Möglichkeit einer **grundständigen Regionalschule** von Klasse 1 bis 10 bzw. 13, würden in die pädagogische Konzeption der neuen Regionalschule einfließen. Auch ein Gymnasium könnte sich auf Beschluss seiner Schulkonferenz zur Regionalschule entwickeln und dabei mit jeder für die Regionalschule vorgesehenen Schulart verschmelzen.

Das Gymnasium bliebe - einschließlich **grundständiger Gymnasien** für klar definierte Spezialangebote - als eigenständige Schulart bestehen, entwickelte aber veränderte Lernformen und Möglichkeiten zur stärkeren individuellen Förderung. Eine „Abschulung“ aus dem Gymnasium in die Regionalschule wäre dann nicht mehr möglich – und auch nicht mehr nötig.

An die **Grundschule** angeschlossen sein sollte ein für alle Kinder verpflichtendes 0. Schuljahr/ Kitajahr, das das ebenfalls bereits kostenfreie Kitajahr ablöst und in der Kita eine intensive Sprach- und Bildungsförderung in heterogenen Gruppen durch Erzieher/innen und Lehrkräfte in enger Kooperation ermöglichte.

Mit dem ersten Schritt sollten ab 2010 flächendeckend **Integrierte Haupt- und Realschulen** eingeführt werden. In dieser neuen Schulart kommen die Stärken der bisherigen Realschulen ebenso wie die der Hauptschulen zum Tragen. Zugleich schaffen wir leistungsfähige Systeme, die besser als die bisherigen getrennten Schularten duales (das meint: praxisbezogenes) Lernen und vielfältige Angebote für alle Schülerinnen und Schüler sichern können.

In einem zweiten Schritt würde **neben dem Gymnasium** eine integrierte Schulart geschaffen – die Berliner **Regionalschule**. Sie würde - neben dem Gymnasium - ab 2014 **die** weiterführende Schule dieser Stadt sein, die auf pädagogische Qualität und gerechte Chancen für alle Schülerinnen und Schüler setzte.

Mit der Gründung von Regionalschulen und dem Erhalt der Gymnasien würde das **Wahlrecht der Eltern** ernst genommen. Das Gymnasium selbst bekäme eine klare Perspektive für eine Weiterentwicklung, bei der veränderte Lernformen im Mittelpunkt stehen würden. In allen Schularten würde ein Höchstmaß an Durchlässigkeit, innerer Differenzierung und individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler sicher gestellt sein.